

Mehr Kontrolle für Türkisch-Unterricht

In Schleswig-Holstein bahnt sich ein handfester Streit um den Türkisch-Unterricht durch Konsultslehrer an: Landespolitiker und Gewerkschafter fordern mehr staatliche Kontrolle und drängen darauf, den muttersprachlichen Unterricht grundlegend neu zu strukturieren.



In 25 Schulen in Schleswig-Holstein gibt es Türkisch-Unterricht.
Quelle: OliverBerg/dpa (Symbolfoto)

10.04.2017

Von Bastian Modrow

Kiel. CDU und FDP werfen Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) Untätigkeit vor. Die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein wünscht sich eine Ausweitung des Sprachangebots. Auslöser der Diskussion sind Aussagen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aus Nordrhein-Westfalen, wonach den Kindern dort nicht nur die türkische Sprache vermittelt werde. Ziel des Unterrichts sei es auch, eine türkische und muslimische Identität zu entwickeln. Die Gewerkschaft bezeichnet den Inhalt des Lehrplans als zum Teil „türkisch-nationalistisch“.

In Schleswig-Holstein steht der Unterricht an 25 Schulen auf dem Stundenplan. Die Pädagogen werden vom türkischen Konsulat berufen. Konkrete Hinweise darauf, dass politisch Einfluss auf Kinder genommen wird, gibt es bislang nicht, dennoch drängen Bildungspolitiker auf mehr Kontrolle. CDU, FDP und Grüne machen sich insbesondere dafür stark, muttersprachliche Lehrer an deutschen Hochschulen auszubilden.

Davon ist Schleswig-Holstein weit entfernt. Nach Auskunft des Bildungsministeriums liegt aktuell weder die Fach- noch die Dienstaufsicht beim Land. Das Ministerium habe auch keinen Einfluss auf den Türkisch-Unterricht. Nach wie vor gelte eine 1977 erteilte EG-Richtlinie, nach der für den muttersprachlichen Sprachunterricht grundsätzlich die Konsulate zuständig sind.

<http://www.kn-online.de/News/Aktuelle-Politik-Nachrichten/Nachrichten-Politik/Tuerkisch-auf-dem-Stundenplan-Politiker-fordern-mehr-Kontrolle>